

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ vorkommender Behörden. Schriftleitung: Dr. Wäckerle, Postfach 6, Fernsprech-Anschluß Nr. 2465, 2467, 2965. Persönliche Zustellerteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,50 Mk. Sanktionszuschlag, insgesamt 2,10 Mk. für Abholer wöchentlich 0,45 Mk. Postzuschlag 2,10 Mk., durch Postboten ausgehrt 2,50 Mk. bei direkter Überweisung an den Verlag 2,40 Mk. — Anzeigenpreis 15 Pf. im Voraus und 20 Pf. im Rückzahlverfahren für 10 Zeilen. — Druckerei: Dr. Wäckerle, Postfach 6, Fernruf 2465, 2467, 2965. Postfachkonto 2319 Erfurt.

Erfolg und Beweis deutscher Erfüllungspolitik: Weitere Reparationszahlungen sind unmöglich!

Brüning erklärt der Weltöffentlichkeit:

Am Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Bitte der deutschen Delegation für die Reparationskonferenz in Lausanne empfing Reichkanzler Dr. Brüning Samstag den Chefredakteur des WZ. Dieser wies darauf hin, daß diese amtliche Kadricht die politische Öffentlichkeit naturgemäß sehr interessieren, und fragte, welche Gesichtspunkte bei der Zusammenfassung der Delegation beachtet worden seien.

Der Herr Reichkanzler betonte einleitend, daß der bevorstehenden Reparationskonferenz in Lausanne eine sehr große Bedeutung zukomme. Er habe es daher nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaußenminister, sondern auch als Reichkanzler, dem nach der Befassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fülle seiner sonstigen Amtspflichten

die Führung der Delegation selbst zu übernehmen.

Kußerdem würden die zuständigen Reichsminister, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Warmbold, mitnehmen. In seiner Begleitung werde sich Staatssekretär von Bülow befinden, da auf einer außenpolitisch so bedeutsamen Konferenz naturgemäß auch das Auswärtige Amt als solches maßgeblich vertreten sein müsse. Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurücklassung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichskanzlei die Arbeitsfähigkeit des Reichskabinetts in Berlin, namentlich für etwaige Rückfragen der Lausanner Delegation, sicherzustellen.

Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswehr- und Reichsinnenministers Dr. h. e. Goerner stehen.

Der Chefredakteur fragte weiter, ob denn der Herr Reichkanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Chefredakteur wies hierbei insbesondere auf die am kommenden Dienstag stattfindende Sitzung des Vorkomitees des Reichstages hin, in der bekanntlich auf kommunizistischen Antrag über die Frage der etwaigen vorzeitigen Einberufung des Reichstages Bescheid gefaßt werden sollte.

In seiner Antwort vertannte der Herr Reichkanzler diese Bedenken keineswegs, fügte aber hinzu, daß seine Teilnahme an der Reparationskonferenz aus dem eingangs erwähnten Grunde das absolut Vordringliche sei. Er halte es übrigens noch der bisherigen Haltung des Vorkomitees eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könne.

Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als maßgeblichsten Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten.

Siemehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages auf den Beschluß hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine erneute Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anfühle, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Zustandehenden zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Nennum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Die Frage des Chefredakteurs, ob er diese Ausführungen des Herrn Reichkanzlers der Öffentlichkeit mitteilen dürfe, bejahte der Herr Reichkanzler ausdrücklich. Der Chefredakteur fügte hinzu, daß für diese Haltung der Reichsregierung bei dem größten Teil der deutschen politischen Öffentlichkeit nach seiner Auffassung durchaus Verständnis vorhanden sei. Wenn da und dort noch Zweifel vorhanden seien, so beruhten sie im wesentlichen darauf, daß die Haltung der Reichsregierung und der deutschen Delegation

in Lausanne noch nicht genügend klar umrissen und in der Öffentlichkeit bekannt sei.

Der Herr Reichkanzler unterdrückte sein Ersäunen über diese Frage nicht und betonte,

daß irgendein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Lausanne doch nicht gut möglich sei.

Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlautbarungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Neußerungen anlässlich des Neujahresfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erlasse von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel dastünden. Zugleich beweierte der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Schwärzung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wohn die Entschließungen der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzierte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige

darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage stünden. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen herseizeit die Verlässe des Young-Planes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Herr Reichkanzler, sei im Grunde alles gesagt.

Es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen würde.

Bei diesem Stande der Dinge liege für die Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einnehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nicht anderes tun, als die gegebene Sachlage barzutellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Herr Reichkanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in seinem Vorgesicht mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen liege. Es komme nun darauf an, auch den Wurzeln der Weltwirtschaftskrise dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gebotensregeln beeinflussen zu lassen.

In der Klemme: Für oder gegen den Reichspräsidenten Nationalisten müssen sich entscheiden Hugenberg bei Brüning: Vorläufiges Stillschweigen über die Unterredung

Die Besprechung, die zwischen dem Reichkanzler und Dr. Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen, wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten anberaumt war, fand am Sonntagmorgen statt. Die Verhandlungen dauerten über eine Stunde. Über das Ergebnis der Unterredung war am Sonntagabend noch nichts zu erfahren. Der Reichkanzler und Dr. Hugenberg beschloßen, darüber vorläufig Stillschweigen zu bewahren.

Im Laufe des heutigen Montags soll Hitler dem Reichkanzler die Haltung der "Nationalen Opposition" in der Frage der Wahl des Reichspräsidenten bekanntgeben.

CS und wie sich die bisher unschlüssigen Nationalisten entscheiden werden, wird erst die letzte Unterredung Hugenbergs mit Hitler ergeben.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wartete am Sonntagmorgen auf das Ergebnis der Besprechungen zwischen Hitler und Hugenberg. Sie ging gegen Abend auseinander. Am Abend versammelte sie sich wieder zu einem Bierabend.

Das scheint uns weder dem Ernst der Zeit noch der Bedeutung der zur Diskussion stehenden politischen Frage angemessen — wohl aber dem Wesen der Parteijugend!

Berliner Konflikt beigelegt

Der Wohnkonflikt in den Berliner Gas- und Wasserwerken ist beigelegt. Die Abstimmung in den Gas- und Wasserwerken ergab nicht die fautorische Dreiviertelmehrheit für den Streit. Es halten sich rund 60 Pro. der Belegschaften für den Streit entschieden. Das bereits gemeldete Ergebnis der Aussprache im Berliner Hofhaus gilt somit als angenommen.

Die japanische Regierung bleibt

Tokio, 9. Januar (Eigenbericht). Der Mikado hat es abgelehnt, dem Rücktritt der japanischen Regierung, der im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Kaiser erfolgte, anzunehmen. Die Minister werden bis auf den Innenminister im Amte bleiben.

Mörder?

In Meusungen (Saargebiet) wurde auf Anzeige der Ehefrau der pensionierte Grenzdienstler Karl Staub festgenommen. Staub, ein früherer berichtigter Separatist, steht im Verdacht, im Jahre 1922 den Kanakassistenten Heinrich Foh auf Waltrup i. W. ermordet zu haben.

Massenbrandstifter festgenommen?

Der heimgekehrte Landkreis Kotbus

Landjägern des Spremaldorferes Sielow gelang die Verhaftung eines jungen Mannes, der durch eine lange Serie von Brandstiftungen seit Jahren den Landkreis Kotbus, insbesondere die Einwohner der Dörfer Sielow, Barchen, Ruben, Wülchen und Gubrow benachteiligte. Zuletzt ließ der Täter — es ist der neunzehnjährige Friedrich Reumann aus Werben — vier Schienen und zwei Stallungen innerhalb 48 Stunden in Flammen aufgehen.

Schon seit längerer Zeit hatte die in Sielow stationierte Schutzabteilung den Befehl erhalten, in der gefährdeten Gegend nachts auf verdächtige Personen, die sich Anruhr nicht stehen ließen, zu schießen. Trotzdem blieben die sehr intensiv durchgeführten Ermittlungen jahrelang ohne Ergebnis. Fast jeder wurde verhaftet. Der wirkliche Täter erst nur durch die Zufallsentdeckung eines Feuerwerksmannes festgestellt worden. Während der Abführung des Mannes durch den letzten Brand in dem Dorf Sielow fiel dieser Feuerwehmann ein kleiner schmachtiger Mensch auf, der bereits seit Jahren immer als einer der ersten Helfer an der jeweiligen Brandstätte erschienen war.

Ein Oberlandjäger sagte dem jungen Menschen das Verbrechen auf den Kopf zu.

Ein-Jahr-Moratorium

Frankreichs Pläne für Lausanne

Paris, 8. Januar. (Eigenbericht.)

Im Saal de Paris wird der französische Plan für die provisorische Lösung des Reparationsproblems auf der Lausanner Tagung auseinandergesetzt. Das Blatt bekämpft die vom „Matin“ vor zwei Tagen veröffentlichte Meldung, daß Deutschland nur ein einjähriges Moratorium gewährt werden solle. Damit wolle Frankreich nicht die im Haager Abkommen vorgesehene Frist von zwei Jahren für einen Aufschub der geschätzten Zahlungen herabsetzen, aber es hätte es für fraglich, für das nächste Jahr ein neues Interesse herauszugeben. Die Reparationszahlungen, wenn die Zahlungen wieder ausbleiben sollten. Während des Moratoriums würde Deutschland von der geschätzten Annuität vollkommen befreit werden. Die ungefähre Annuität

müsse Deutschland zahlen, aber die Zahlung solle in Reichsbahnobligationen und nicht in bar erfolgen. Die Obligationen würden gemäß dem Schiffschiff von Spa unter die verschiedenen Gläubiger verteilt werden. Die im Young-Plan vorgesehene Einrichtung eines Garantiefonds von Seiten Frankreichs sei also aufgehoben. Diese Lösung des Problems der ungeklärten Annuitäten werde gewährt werden, weil die deutsche Reichsbahn seit der Inflation weniger mit Hypotheken belastet sei als alle anderen europäischen Eisenbahnen.

In Bezug auf die Schuldverhältnisse an Amerika wird vorgeschlagen, daß Frankreich und England sich gegenüber dem Wohlfühligen Schatzamt ihrer Schulden entziehen, indem sie ihm die Reichsbahnobligationen übergeben.

Große Aufregung in Paris

Paris, 8. Januar. (Eigenbericht.)

Eine zuerst durch eine Reitermeldung und dann in etwas abgeklärter Form durch eine Haussammlung in Paris bekanntgewordene Erklärung Brändings an den englischen Botschafter, daß Deutschland keine Reparationszahlungen leisten könne und daß er keine Zweifel, ob Deutschland jemals in Lausanne sein werde, die Zahlungen wieder anzunehmen hat in diesem parlamentarischen Streit wie eine Bombe eingeschlagen. Maßgebend war die nicht der Inhalt der Erklärung, der sich ja mit dem bisherigen Standpunkt der Reichsregierung deckt, sondern der Zeitpunkt, an dem sie erfolgt ist. In den Einkreislagen, die einer Bekanntmachung des Reparationsproblems nicht abgeneigt sind, wird diese Erklärung für eine der von Hitler gestellten und von Brüning angenommenen Bedingungen für die Zustimmung zu der Verlängerung der Amtsjahre Hindenburgs und damit als ein Erfolg betrachtet. In parlamentarischen Kreisen diskutiert man die Frage, ob es unter diesen Umständen für die französische Regierung überhaupt noch einen Sinn hat, an der Lausanner Konferenz teilzunehmen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Ausdeutung des Reichstagsbeschlusses einen für Deutschland ungünstigen Einfluß auf die Zusammenkunft des neuen französischen Kabinetts haben wird.

Es ist wohl anzunehmen, daß bei näherer Betrachtung der Dinge in Paris eine ruhigere Auffassung Platz greifen wird. Lausdänisch hat Brüning in seinen Erklärungen nicht gesagt, was er nicht schon früher gesagt hat, und es ist nicht einzusehen, wieso die Wiederholung des schon Gesagten ein besonderer Erfolg Hitler sein soll. In Deutschland ist die Ueberzeugung allgemein, daß die Streichung sämtlicher Kriegsschulden zum ersten und nächsten gehört, das zur Lösung der Weltwirtschaftskrise nötig ist, und ebenso ist hier die Ueberzeugung allgemein, daß die Nichtübernahme der Reparationszahlungen im Interesse nicht nur Deutschlands, sondern aller Beteiligten liegt. Die deutsche Regierung geht nach Lausanne in der Absicht, für die deutsche Sache um allgemeine Anerkennung zu werben — das kann für Frankreich kein Grund sein, sich den Verhandlungen zu entziehen und die Konferenz aufzulösen zu lassen. Vielmehr muß trotz aller Gegenläufe der Auffassungen verläßt werden, einen allgemeinen Konsens herbeizuführen und damit neue politische Erschütterungen zu vermeiden, die weder die deutsche noch die französische Wirtschaft ertragen kann.

Ein Fürst will weitere Millionen

18,5 Millionen genügen ihm nicht



Ernst Herzog von Sachsen-Altenburg hat gegen den Thüringischen Staat einen Prozeß angehängt, um die Rückgabe des vormals herzoglichen Domänenvermögens zu erreichen. Dem Herzog waren als Abfindungssumme 18,7 Millionen Mark gezahlt worden. Die Forderung dieses fürstlichen Prinzen erscheint selbst der Thüringer Rechtsprechung unbedeutend.

Bränding zu müde für Konferenzen

Paris, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Am Freitagabend wurde bekannt, daß Bränding bereits im Besitz des Demissionsschreibens Brändings ist, daß er es aber erst in einigen Tagen offiziell bekanntgeben wird. Der Entschluß Brändings soll dem Ministerpräsidenten in einer Unterredung mitgeteilt worden sein, die die beiden Staatsmänner am Freitagvormittag im Außenministerium hatten. Bränding hat dabei, wie verlautet, erklärt, daß er sich gegenwärtig nicht die Strapazen zweier großer internationaler Konferenzen zunehmen könne, und daß die österreichische Notwendigkeit, sich einige Zeit auszurufen, es ihm zur Pflicht mache, sein Amt niederzulegen. Bränding hat versichert, Bränding von diesem Entschlusse abzubringen, was ihm aber nicht gelungen zu sein scheint. Er hat Bränding darauf gefragt, ob er den Posten eines Staatsministers und ständigen Vertreters Frankreichs im Völkerbund annehmen würde. Bränding hat dieses Anerbieten zwar nicht kategorisch abgelehnt, sich aber eine endgültige Antwort vorbehalten.

Lausanne ab 25. Januar

Die Lausanner Konferenz wird nach den neuesten Vereinbarungen der Regierungen am 25. Januar beginnen. Ihren Vorsitz dürfte der englische Ministerpräsident MacDonald führen.

Dingeldey redet ...

Sagen und für die Nationalsozialisten

Aus Magdeburg wird gemeldet: Dingeldey, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, hielt am Sonntag vor den Angehörigen der Partei eine Rede, in der er sagte, daß die gemäßigten Massenbewegungen auf der Rechten deshalb so gefährlich seien, weil sie die „proletarische Mission“, das heißt die Aufgabe, die Rechte nicht für die Massenpolitik „auszubilden“, die die Rechte nicht für die Massenpolitik „auszubilden“, die die Rechte nicht für die Massenpolitik „auszubilden“.

Die neue Indien-Politik

Mit den Gemäßigten soll verhandelt werden

Bombay, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Es verlautet, daß der indische Vizekönig die gemäßigten Führer der indischen Nationalpartei zu einer Konferenz nach Delhi gebeten hat. Am Verlauf der Besprechungen soll auch die Frage der Haftentlassung von Gandhi und der anderen verurteilten Führer der Kongresspartei angeknüpft werden.

Fragen an die Kölner Nazis

Was werden sie antworten?

Köln, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ richtet an das Kölner Nazistütz folgende Fragen:
1. Ist es richtig, daß ein Kölner Nazistütz 2500 Mark für die Unterhaltung hat?
2. Ist es richtig, daß dieser Nazistütz sehr viel in der sogenannten Betriebsunterstützung zu tun hatte?
3. Ist es richtig, daß auch die Reichsleitung der Hitler-Partei den Stützplan kennt und doch nicht eintritt?
4. Ist es richtig, daß die Reichsleitung sogar angeordnet hat, daß dieser Stützplan für die Parteimitglieder geheim gehalten werden soll?
Auf die Antwort darf man gespannt sein!

Volkspartei gegen Nazi-Präsidenten

Ein Protest in Braunschweig

Braunschweig, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Die Deutsche Volkspartei des Bundes Braunschweig, die vor einem Jahr in Konturs geratene Parteigrößtänder Jörner zum Landtagspräsidenten gewählt hat, sieht sich jetzt veranlaßt, sich in einer gebührenden Erklärung gegen diesen von ihr in Amt und Würden gebrachten Jörner zu wenden. Jörner hat den Präsidenten der Braunschweigischen Staatsversammlung in öffentlichen Versammlungen wiederholt beleidigt, ohne daß er bisher für seine Behauptungen auch nur irgendeinen Beweis hätte erbringen können. Dabei ist Jörner Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, der die Bormirte der Staatsversammlung in Stübchen unteruchen soll. In der Erklärung der Deutschen Volkspartei heißt es:
„Jörner hat es für richtig gehalten, der Verhandlung im Hauptauschuß vorzugreifen und in öffentlichen Versammlungen Verleumdungen zu erheben und Unterstellungen zu machen. Dieses Verhalten widerspricht jeder Besonnenheit in Untersuchungsangelegenheiten und muß als schärfste Zurückweisung werden. Es ist mit den Pflichten, insbesondere des Vorsitzenden des Hauptauschusses, unvereinbar, daß der Untersuchungsvorgang in der Öffentlichkeit in den Vordergrund der öffentlichen Meinung gestellt wird, bereits das Urteil gefällt wird. Die Vertreter im Hauptauschuß haben in diesem Fall richtiger Funktionen auszuüben. Es muß für sie deshalb als selbstverständlich gelten, daß sie mit ihrem Urteil zurückhalten, solange die Untersuchung schwebt und eine abschließende Stellungnahme nicht möglich ist. Jörner trägt die Verantwortung dafür, daß er in öffentlichen Versammlungen bereits vorangehend Stellungnahmen in den Dingen genommen und sich damit der Parteimitglieder schuldig gemacht hat. Er wird nach seinem öffentlichen Auftreten in dieser Sache erst noch zu beweisen haben, ob er noch die Fähigkeit besitzt, Richter zu sein, nachdem er als Richter sich so verhalten hat.“
Die Braunschweigische Staatsversammlung läßt inzwischen den Schaden, der durch Jörner und seine Agitation angerichtet wurde, immer noch gehen Rindungen von Geldern ein, die der Staatsrat von längerer Zeit zur Verfügung gestellt wurden.

Schon wieder Harzburger Reile!

Razis überfallen Deutschnationale — diese rufen Kommunisten zu Hilfe

Kreuzburg (Oberschlesien), 9. Januar. (Eigenbericht.)

Die Harzburger Front ist in Kreuzburg auseinandergefallen. Kurz vor Weihnachten kam der Militärarzt Dr. Schulze-Beer nachs angetrunken mit einer Herde von acht bis neun Nazis in das Ring-Café von Döhlitz, wo unter anderem auch die Redakteure Brück und (Eduard) Wenz und der Angestellte Hants, sämtlich von den deutschnationalen „Kreuzburger Nachrichten“, saßen und pöbelten diese drei Herren ohne jeden Grund an:

„Festigung, deutsche Schmettersunde, Sch...kerle und dergleichen mehr. Hante wurde sofort tätlich angegriffen und verrott.“
Schulze-Beer beschimpfte weiter den Dr. Wenz. Inzwischen entwickelte Hants und holte ein paar Kommunisten zu Hilfe, welche sich nunmehr auf die Nazis stürzten und diese verprügelten. Das Lokal wurde zum Teil demoliert.

Inzwischen hatte der Wirt die Polizei gerufen, die die Bande entfernte. Auf dem Marktplatz fortgeführt der Prügelei. Als die Nazis sahen, daß sie keinen Erfolg, führten sie in das G.L.H. heim bei dem nationalsozialistischen Stadtratordnen Rofshara und hatten dort den jüngsten Sohn, Herbert Rofshara, aus

dem Welt. Sie hatten ihn in Verhaft, daß er zu den Kommunisten habe, von welchen sie eben Prügel bekommen hatten. Deshalb mißhandelten sie ihn den nächsten A. Jan. und zwar alles nach Kommando des Schulze-Beer.

Der alte Rofshara kam, durch den Rausch gewetzt, hinzu und wollte seinem Sohn zu Hilfe kommen. Er bekam einige Ohrfeigen und wurde mißhandelt, wobei ihm ein Finger drach.

- Folgen dieser schönen Tat:
1. Offizialtrauerfahren gegen Schulze-Beer und Genossen wegen gemeinschaftlichen Mordverbrechens und gefährlicher Körperverletzung.
 2. Strafverfahren wegen Beleidigung auf Antrag Wenz, Brück und Hants gegen dieselben.
 3. Strafverfahren wegen Ueberfalls, Beleidigung, Körperverletzung von Seiten Rofshara gegen dieselben.
 4. Strafrechtliche Räumung gegen Dr. Schulze-Beer von Seiten der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bethonen.
 5. Räumung des G.L.H. durch den Haus-eigenümer A. F. Rofshara (sen.).

Gustav Hoch

Zu seinem 70. Geburtstag

Gestern trat Genosse Gustav Hoch in die Reihe der Siebzighjährigen ein. Das gibt uns willkommenen Anlaß, der großen Verdienste zu gedenken, die dieser unermüdete Arbeiter der Partei sich um die politische und gewerkschaftliche Stellung der Arbeiterklasse, vor allem aber um ihren sozialpolitischen Unterbau erworben hat.
Gustav Hoch stammt aus Weipreuzen. In Danzig besuchte er die Realpforte bis 1880. Dann trat er in ein Warengrößgeschäft als Lehrling ein, aber schon 1883 sah er wieder auf dem Gymnasium in dem hinterponischen Stolz, machte dort im Jahre 1885 sein Abiturientenexamen und widmete sich dem Studium an verschiedenen Universitäten. 1890 übernahm er die Redaktion der Frankfurter Volkstimme, die er bis 1894 leitete. Daneben und seiner hauptsächlich führte er bis 1916 die Redaktion der „Dachdecker-Zeitung“, des Organs des Bundes der Dachdecker. Nach seinem Auscheiden aus der „Volkstimme“ in Frankfurt wurde er Arbeitersekretär in Hanau. In diesem Amte, das ihn ganz eng mit den kleinen sozialen Werten und Sorgen der Arbeiter in Verbindung brachte, entwickelte sich die besondere Liebe für die Freiheit der sozialpolitischen Bewegung, in der Hoch sich zu einem der berufensten Sachkenner entwickelte. Schon 1898 sandten ihn die Hanauer Genossen in den Reichstag, dem er (einjährig) der Nationalversammlung) fast 30 Jahre lang angehört. Erst 1928 trat er wegen vorgerückten Alters von der Reichstagsarbeit zurück. In dieser langen parlamentarischen Tätigkeit, die noch ergänzt wurde durch kommunales Wirken, hat Hoch sich mit einer besonderen Hingabe den sozialpolitischen Fragen gewidmet, die in

dem Ausbau des deutschen Sozialversicherungswertes ihm reichlich Gelegenheit dazu gaben. Unzählige Aufsätze hat er über diese Dinge veröffentlicht. Bekannt und geschätzt sind seine Kommentare zur Reichsversicherungsordnung und zum Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Wir wünschen dem neuen Siebzighjährigen noch viele Jahre freudigen Schaffens in der sozialistischen Front.

Der Dresdner Prozeß am Ende

Urteil steht bevor

Dresden, 9. Januar. (Eigenbericht.)

In dem hochverratssproch gegen die feinerzeit in Dresden eingetreteten und dort schon mißhandelten Führer der politischen Oppositionsparteien haben die meisten Angeklagten in mehr oder weniger umfangreichen Reden von dem Recht des letzten Wortes Gebrauch gemacht.

In den letzten zwei Tagen haben die Angeklagten Dr. Glotz, Krafel, Bogwitz, Wilos, Kiermil und Butel gesprochen. Der gewesene Ministerpräsident Wilos (Bauernpartei) unterließ sich, sondern, daß die Befragungszeugen in diesem Prozeß lediglich nur aus Furcht und unter Druck von oben ungünstige Aussagen gemacht hätten.

Gegen den Polizeikommissar Manka, der als Befragungszeuge objektive Aussagen zu machen wollte, ist schon ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Ferner sagte Wilos, das heutige Polen sei ein moralisches Ruine.

50 neue Schupo-Hundertschaften stellt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Gau Berlin auf!

Der jungemährte Propagandachef der Nazis, Herr Dr. Goebels, hat im vergangenen Jahre einmal in einer seiner betannten Reden prophetisch den Satz ausgesprochen: „Das Ende dieses Jahres sieht uns entweder an der Macht oder im Gefängnis!“ Der kleine Joseph hat sich als ein seltener Prophet erwiesen.

Aber wenn sich auch die Prophezeiungen nicht erfüllt haben, eine haben die Nazis im vergangenen Jahre fertiggebracht: in dem Maße, in dem ihnen der Kampf schnell, in dem ihre prominenten Führer mit Körperkraft und Aufträgen drohen und in dem sie als Folge dieser Hegepolitik die Gemütskräfte der SA-Führer häufen und sich, wie in Braunschweig erwies, bis zum offenen Bürgerkrieg steigern, ist

Der Wille zum Widerstand gewachsen.

In den letzten Wochen ist dieser Widerstandswille zur hellen Flamme emporgeleitet und hat in der „Eiernen Front“, die alle Republikaner abend gefunden, der Partei zum erstenmal, einen sichtbaren Ausdruck gefunden, der zugleich als Stimmungsbildner anzusehen ist, weil er den Zusammenbruch der Nazi-Propaganda offenbart.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat im letzten Jahre stetig an der Ausübung seiner Nazi-Aktivitäten gearbeitet. In den letzten Monaten hat es seinen Zugang erhalten, namentlich aus der Jugend, die mehr und mehr zu der Erkenntnis kommt, daß es ihre Pflicht ist, Seite an Seite mit ihren Vätern die Republik zu bewahren, daß die politischen Abenteuer ausgeteilt oder zu einer Nazidiktatur degradiert wird.

Durch den Eintritt von Tausenden neuer aktiver Mitglieder ist der Berliner Widerstand des Reichsbanners in der Lage, die Aufstellung von zunächst fünfzig neuer Schupo-Hundertschaften vorzubereiten.

Fünfzig Hundertschaften Schupo bedeuten 5000 Jünglinge und

Männer, die bereit sind, dem Staat zu verbleiben. 5000 Jünglinge und Männer, die nicht mit Giftgasern besetzt sind, die zum Teil arbeitlos, zum Teil unfähigen Unterfertigen leben müssen und die dennoch nicht resignieren, weil sie wissen, daß noch mehr auf dem Spiele steht, wenn der Ungeist des Faschismus triumphiert.

Für jeden einzelnen der 5000 bedeutet die Einziehung in die Schupo die freiwillige Liebernahme neuer Opfer an Zeit und Geld! Was wollen eigentlich die gerühmten Bürger von den Anführern, die an einen Schufmann gestellt werden! Bei den Entfernungen in Berlin erfordert die Teilnahme an den Schulungstagen Fahrgeld und schließlich darf er bei den nicht unglücklichen (sonnigen) Kälteabfahrten, nur ein Stück Brot in der Tasche, obendrein noch seinen Platz im Wohnhaus besetzen!

Fünfzig Hundertschaften Schupo bedeuten aber nicht nur 5000 kampfschreudige Männer, sie bedeuten auch 5000 Wundblenden, 5000 Wunden, 5000 Tornister, 5000 Decken, 5000 Koppel, 5000 Brotbeutel, 5000 Fehlfächer, kurz alles, was zur Ausrüstung gehört. Vor einem Jahr noch war es selbstverständlich, daß der Schufmann sich seine Ausrüstung selbst oder mit Hilfe seiner Kameraden beschafft. Heute ist nicht mehr daran zu denken. Um Zeichen der Kräfte vermag sich jeder nur die allererstennotwendige Kleidung zu beschaffen. Da sich das Reichsbanner nicht wie die SA-Führer der Günst der Anführer und anderer großkapitalistischer Kreise erfreut — wir verzeihen es mit Vergewaltigung — sieht ihm nur der Glaube an die Solidarität der republikanischen Soldaten. Mit dem Bestehen in der republikanischen Idee muß in der Zeit entscheidender Kämpfe der leidenschaftliche Opferwille unüberwindlich verbunden sein. Deshalb die Parole: für jeden Schufmann drei, fünf, zehn freiwillige Helfer, die seine Ausrüstung ermöglichen!

Fünfzig Hundertschaften Schupo — 5000 kampfschreudige Männer und ein Heer opferfreudiger Helfer — das ist eine ideale Kampfgemeinschaft!

Wo Nazis regieren

Schwere Erschütterung der Staatsbank in Braunschweig

Braunschweig, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Die Angriffe der Nationalsozialisten gegen den verantwortlichen Leiter der Staatsbank, Süßen, setzen jetzt sehr ernste Folgen für das Land. Diese Millionen Mark sind von den Gläubigern der Staatsbank mit Zinsen fertig gefällig worden. Mit weiteren Forderungen muß gedrängt werden. Einen sehr wichtigen Einbruch machte es auch bei den Kunden der Staatsbank, daß der deutsche nationale Finanzminister Dr. Brüning in der Presse erklärte, er unterstehe kein Konto bei der Braunschweiger Staatsbank. Das Vertrauen zur Staatsbank ist jetzt in erheblichem Maße durch die wild übertriebenen Angriffe der Nationalsozialisten aufs tiefe erschüttert.

In Heilshardt wurden von dem Schnelrichter 7 Kommunisten, die sich an den Straßenunruhen beteiligt hatten, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Zwei Angeklagte erhielten je 1 Jahr, drei 6 und 7 Monate und zwei 2 Monate bzw. 6 Wochen Gefängnis. Als der Beschlusse des Urteils bekannt wurde, entstanden neue Straßendemonstrationen, denen das liberalliberalistische Braunschweig entgegenstand. Vom Gummistempel wurde reichlich Gebrauch gemacht.

Politische Messerstecherei

Rostfront und SA im Kampf

Chemnitz, 9. Januar. (Eigenbericht.)

In Niederfrohna bei Chemnitz kam es zu einer folgenschweren Messerstecherei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei es mehrere Leicht- und zwei Schwerverletzte gab. Die Zusammenstöße setzten sich vor dem Arbeitsrat Limbach fort, bis endlich von einem liberalliberalistischen SA-Chemnitz die Ordnung wiederhergestellt wurde. Auch dieser zweite Zusammenstoß hatte mehrere Verletzte zur Folge.

Politischer Zusammenstoß in Schlesien

Breslau, 9. Januar. (Eigenbericht.)

Im dem Vorort Zabrze bei Hindenburg kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen fielen auch Schüsse. Ein nationalsozialistischer Mauer wurde durch einen Kopfschlag verletzt.

Nazi-Theaterpleite

Das Berliner „Deutsche Nationaltheater“ der NSDAP, das im „Theater am Schiffbauerdamm“ ein nur kurz und künstlerisch recht unrichtiges Schauspiel gab, hat seine Pforten wieder geschlossen. Die Zeitung des Theaters hat die Theaterleitung des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt, daß ihre Mitleid erschöpft seien. Mit bombastischer nationalsozialistischer Propaganda, begleitet von Attraktionen und Gebreden der Goebels und Hitler, war der Laden ärmlich aufgemacht und mit Leo Zay „Heimlicher Draufseher“ zuletzt zu füllen versucht worden. Aber selbst diese harmlose Draufseher konnte die Jagd in die Pleite nicht verhindern.

Lohnsteuererleichterung

Wann tritt die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums ein?

Nachdem der Erstattungsanspruch, den bisher alle Lohnsteuerpflichtigen bei Lohnausfall hatten, weggefallen ist, bleibt dem einzelnen Pflichtigen doch noch die Möglichkeit, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen durchzusetzen. Diese Möglichkeit stützt sich auf den Paragraphen 131 der Reichsabgabenordnung, der in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern unbillig ist, die Erstattung oder Anrechnung bereits entrichteter Steuern verfügt. Wenn Lohnsteuerpflichtige im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit, Unglücksfällen oder wegen sonstiger früher außerordentlicher wirtschaftlicher Belastungen hatten, so können sie bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Da es sich hierbei um ein Billigkeitsergänzung handelt, gibt es im Falle der Ablehnung keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen.

Nachdem die Erstattung gewährt wird

hat sie den Nachteil, erst nachträglich eine gewisse Erleichterung zu schaffen. Dieser Nachteil fällt bei der Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen fort. Die Erhöhung kann immer dann beantragt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen, die der Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, höher sind als der dafür festgesetzte steuerfreie Aufwandsbetrag von 40 Mark im Monat = 9,60 Mark in der Woche oder wenn der Steuerpflichtige mit gewissen außergewöhnlichen Belastungen rechnen muß.

In diesem Fall kann eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, das 720 Mark im Jahre, 60 Mark im Monat und 14,40 Mark in der Woche beträgt, beantragt werden.

Wenn bei dem Arbeitnehmer besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen,

die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, wenn z. B. eine außergewöhnliche Belastung wegen Unterhalt und Erziehung (einschließlich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfälle oder durch gefehliche oder sonstige Verpflichtung zum Unterhalt mittelbarer Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, so kann das steuerfreie Existenzminimum dem Finanzamt erhöht werden. Dazu ist nötig, daß der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die besondere Belastung im einzelnen nachweist und durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Dem Antrag muß die Steuerkarte, die für diesen Zweck nun dem Antragsteller ausgehändigt wird, beigelegt werden. Wird der Arbeitgeber ausgehändigt, so hat ein Einpruch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig war. Wird dem Antrag stattgegeben, so vermerkt das Finanzamt die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages auf der Steuerkarte.

Eine Erhöhung des Aufwandsbetrags für Werbungskosten und Sonderleistungen ist ebenfalls unter gewissen Voraussetzungen zulässig.

Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Unterhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Seder Lohn- und Gehaltsempfänger hat z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen, sowie für die Anschaffung und Reinigung von Bekleidungs- u. a. m. Die Ausgaben für die Fahrtkosten können auch in den Unterhaltungskosten für ein Fahrzeug oder Motorrad bestehen. Die Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs notwendig ergeben.

Zu den Sonderleistungen rechnen nach dem Einkommensteuergesetz folgende Ausgaben:

1. Beiträge zur Krankheit-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen.
 2. Beiträge zu Sterbefällen.
 3. Lebensversicherungsprämien.
 4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung.
 5. Kirchensteuer.
 6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitsstätten usw.
- Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sonderleistungen, die unter

1. bis 3. aufgezählt sind, auch die Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Hausabgaben angehörtigen macht. Den Ausgaben für die Fortbildung im Beruf sind aber nicht die Ausgaben gleichzusetzen, die für die Erlangung eines neuen Berufes gemacht werden. Diese Ausgaben gelten nicht als steuerfreie Sonderleistungen.

Ergibt sich aus der Zusammenstellung der tatsächlichen Werbungskosten und Sonderleistungen eine Ueberschreitung des steuerfreien Aufwandsbetrages von monatlich 40 Mark, so kann die Erhöhung des steuerfreien Betrages beantragt werden. Dem Antrag muß die Steuerkarte für 1932 sowie eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Aufwendungen beigelegt werden. Soweit Quittungen und sonstige Belege vorhanden sind, sind sie ebenfalls einzureichen. Wenn dem Antrag entsprochen wird, so erhöht die Steuerkarte einen Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen. Dem Antrag muß stattgegeben werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen nachweisbar sind. Gegen eine Ablehnung des Antrages kann Einspruch eingelegt werden.

Der Heildorf-Prozess

Rechtsanwalt Apfel gegen die Kurfürstendamm-Kowdys

Im Berliner Heildorf-Prozess muß damit gerechnet werden, daß die Beweisführung noch sehr lange dauern wird. So soll von jetzt an nur noch dreimal in der Woche verhandelt werden.

Am Sonnabend wurde Rechtsanwalt Dr. Apfel vernommen, der vom Volkstheater am Kurfürstendamm gelegenen Wohnung den Vorgang der Nationalsozialisten aus nächster Nähe beobachtet hat. Apfel wurde am Vorabend seiner Vernehmung von nationalsozialistischer Seite mehr als zehnmal telefonisch mit den widerwärtigsten Drohungen belästigt. Auch gingen ihm zahlreiche Drohbriefe zu. In seiner Aussage bestätigt Apfel die Planmäßigkeit der Ausschreitungen und die geradezu raffinierte Organisation des Vorgangs. Er hat beobachtet, daß mehrere Leute die einzelnen Trupps dirigierten und nach allen Seiten liberalliberalistische Kräfte. Die Demonstranten hatten sich in kleinere, lose Trupps verteilt, um beim Erscheinen der Polizei möglichst schnell „verduften“ zu können. Trotz dieser Aussagen dürften die Angeklagten weiter behaupten, daß sie an dem fraglichen Abend nur als „harmlose Spaziergänger“ auf dem Kurfürstendamm weilten.

Berliner Rundgebungen

Das Reichsbanner am Werke

Das politische Leben der Reichshauptstadt leuchte nach dem Weihnachtsgeschehen mit einer starken Verarmungswelle ein. Nicht weniger als 59 Versammlungen politischer Organisationen von rechts und links fanden am Wochenende in Berlin statt.

Das Reichsbanner trat in den Germania-Sälen mit einer machtvollen Rundgebung vor die Öffentlichkeit. Als die ersten Kommunisten der Sängernarren durch den weiten Saal hallen, wäre ein Raum dreimal so groß als der große Saal in der Hauptstraße nötig gewesen, um den Massen Platz zu geben. Das Reichsbanner hatte zu seiner ersten politischen Rundgebung in Berlin in diesem Jahr aufgerufen und die Republikaner waren in Massen dem Ruf gefolgt.

An der Rundgebung nahmen auch Gegner der Republik teil: Harzburger (sowohl wie Kommunisten). Sie wurden Zeugen des Aufbaus der Eiernen Front. Sie hörten die Begeisterung der republikanischen wertigen Volkess, sie hörten aber auch, daß die Zeiten des Vernarens vorbei sind.

Der Hauptredner der Rundgebung, Regierungsrat Dr. Hans Wuhle, berief in seinen Ausführungen auch die Reichspräsidentenwahl. Er betonte, daß der Reichspräsident trotz aller politischen Differenzen, die ihn von den Republikanern trennen, als Hüter der Verfassung seine Pflicht getan habe, jedenfalls siehe er turnmäßig über Reuten vom Schlege eines Stiers oder Goebbels. Das Reichs-

banner werfe aber auch die Frage auf, ob es nötig gewesen sei, daß Brüning und Groener diesen Schritt stiller empfinden. Die Massen der Republikaner würden diesen Schritt nicht verstehen. Was sich im Mai auch in Preußen ereignen werde, die Bildung des Berliner Polizeipräsidiums mitgeteilt, daß ihre Mitleid erschöpft seien. Mit bombastischer nationalsozialistischer Propaganda, begleitet von Attraktionen und Gebreden der Goebels und Hitler, war der Laden ärmlich aufgemacht und mit Leo Zay „Heimlicher Draufseher“ zuletzt zu füllen versucht worden. Aber selbst diese harmlose Draufseher konnte die Jagd in die Pleite nicht verhindern.

Die erste Berliner nationalsozialistische Massenversammlung nach dem Bürgerkrieg, in der Dr. Goebels im Sportplatz sprach, fand ein frühzeitiges Ende. Sie wurde polizeilich aufgelöst. Die Rede Goebels brachte kaum etwas Neues. Wer von ihm politische Offenbarungen oder wenigstens einige Bemerkungen zur Haltung der Nationalsozialistischen Partei bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahlen ermarret hatte, wurde enttäuscht. Goebels leitete sich dreiste Angriffe auf den Reichsanzler Brüning und den Berliner Polizeipräsidenten Weich. Der anwesende Polizeigeführer löste daraufhin die Versammlung auf. Allem Anschein nach war es Goebels gar nicht unangenehm, nicht mehr über die Verhandlungen der letzten Tage sprechen zu müssen. Die Versammlungsbesucher verließen den Sportplatz ohne Eile.

Zwei Frauen verbrannt

In Annemasse in der Nähe von Genf hatten zwei Frauen ihre Kinder in der Nähe eines brennenden Ofens mit Benzin gereinigt. Pflöchig erfolgte eine Explosion. Die Frauen verbrannten bei lebendigem Leibe.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörsen vom 9. Januar

Roggen knapp

Auch am Sonnabend konnte sich an der Berliner Warenbörse die feste Stimmung für Roggen bekunden. Das Angebot ist außerordentlich knapp, während die (schwach verlorbenen) Käufen aus Konstantinopel, insbesondere in den letzten Tagen, die Nachfrage für Roggen stark erhöhen. Auch hier war das Angebot klein, während sich die Käufen beim Einkauf mehr zurückhalten. Die Preise für Roggen sind für Roggen gleichfalls sehr schwach. Im Vorjahr der Getreidepreise werden sich für Roggen gleichfalls sehr schwach. Im Vorjahr der Getreidepreise werden sich für Roggen gleichfalls sehr schwach. Im Vorjahr der Getreidepreise werden sich für Roggen gleichfalls sehr schwach.

	8. Januar	9. Januar
Wheat	222-224	223-224
Roggen	183-185	183-185
Stärke	184-185	184-185
Getreide- und Anbaugetreide	148-153	148-153
Kaffee	134-143	134-143
Reis	27,25-27,50	27,25-27,50
Roggenmehl	26,25-26,50	26,25-26,50
Weizenmehl	9,25-9,50	9,25-9,50
Haarweizen	9,00-9,50	9,25-9,50

Handelsrechtliche Notierungen: Roggen März 242 (Wolung 240), Mai 248-249, (200), Roggen März 208-209 (209), Mai - (215), Weizen März 137 1/2 (138), Mai 130 1/2 (130).

